

Warum Deutschland die AfD brechen wird

Wählerstimmen allein werden niemals zu Macht führen.

6. Januar 2026 | Constantin von Hoffmeister



Deutschland ist in seinen Spenglerschen Winter eingetreten, die späte Zivilisationsphase, in der Institutionen zwar noch bestehen, ihre Bedeutung jedoch schwindet, und der Aufstieg der AfD markiert die letzten Zuckungen eines Volkes, das sich seiner Enteignung bewusst wird. Die De-industrialisierung beschleunigt sich unter ideologischer Führung, die Selbstzerstörung im Energiebereich höhlt die Produktionsbasis aus, und die wirtschaftliche Verwüstung wird als moralische Notwendigkeit umgedeutet, während ganze Regionen in einen kontrollierten Niedergang abgleiten.

Der demografische Wandel schreitet schneller voran, als der soziale Zusammenhalt ihn auffangen kann, ethnischer Austausch wird in Fortschritt umbenannt, und die politische Klasse regiert den Zusammenbruch durch Verfahren, Zensur und ritualisierte Empörung.

In dieser Landschaft erscheint die AfD sowohl als Symptom als auch als Warnung, als Wahlrevolte gegen ein System, das den Niedergang als Schicksal verwaltet. Doch gerade die Heftigkeit der Reaktionen auf den AfD-Aufstieg offenbart eine tiefere Wahrheit: Der Westen debattiert nicht mehr über seine Zukunft, weil seine Eliten sein Ende bereits akzeptiert haben und Kontrolle statt Erneuerung als letzten Ausdruck ihrer Macht wählen.

Der Aufstieg der AfD in den ostdeutschen Bundesländern hat im ganzen Land eine seltsame Mischung aus Hoffnung und Furcht ausgelöst. Hoffnung bei denen, die glauben, dass eine neue politische Kraft endlich den Regionen eine Stimme geben könnte, die lange Zeit als rückständig abgetan wurden. Furcht bei denen, die jede Abweichung von den sicheren, vorhersehbaren Mustern fürchten, die seit Mitte des letzten Jahrhunderts festgelegt sind.

Doch hinter dem Lärm verbirgt sich eine kältere Wahrheit: Selbst wenn die AfD eines Tages die Hälfte der Stimmen in Ostdeutschland auf sich vereinen sollte – eine ferne Perspektive, da ihre derzeitige Unterstützung weit von der Schwelle entfernt ist –, wird die Partei dennoch mit einer Ordnung konfrontiert sein, die darauf ausgelegt ist, jede Kraft zu absorbieren oder zu zerstören, die ihre festgefügten Strukturen bedroht.

Überall sieht man Anzeichen dafür. AfD-Bürgermeisterkandidaten werden durch geschickte administrative Manöver daran gehindert, sich zur Wahl zu stellen. Geheimdienste beobachten die Partei, als wäre sie eine terroristische Untergrundzelle. Kommentatoren sprechen gelassen von einem Partieverbot, als wäre eine solche Maßnahme eher ein unbedeutendes Instrument als eine politische Bombe.

Es ist wichtig zu verstehen, was diese Gesten offenbaren: Das herrschende Establishment behandelt den Wahlprozess als nützliches Spektakel, hält aber die wirklichen Hebel der Macht hinter kugelsicherem Glas, erreichbar nur für diejenigen, die bereits dazugehören.

Selbst wenn die AfD bei einer Landtagswahl die magische Grenze von fünfzig Prozent überschreitet, werden sich die Tore nicht öffnen. Die Gerichte werden jedes Dekret anfechten. Die Ministerien werden Anweisungen nur dann befolgen, wenn es ihnen passt. Die Presse wird von morgens bis abends Alarm schlagen. Die Bundesregierung wird ihre Missbilligung durch Haushaltskontrollen oder durch plötzliche rechtliche Neuinterpretationen signalisieren. Hinter diesen sichtbaren Organen verbergen sich die stilleren Netzwerke – Kommissionen, Staatssekretäre, Beiräte, transatlantische Stiftungen –, die bereit sind, bei Bedarf die Zügel anzuziehen.

Um zu verstehen, warum diese Maschinerie sich so verhält, muss man sich die tiefere Geschichte der Bundesrepublik vor Augen führen. Seit 1945 hat Deutschland die Form eines souveränen Staates, doch seine Souveränität ist bedingt, begrenzt und unterliegt äußeren Einflüssen.

Die Nachkriegsordnung hat das Land in ein Netz aus Bündnissen, Verträgen und militärischen Abhängigkeiten eingebunden, das jede wichtige politische Entscheidung bestimmt. Deutschland wird von Deutschen regiert, doch die Grenzen, innerhalb derer sie handeln können, wurden vor langer Zeit von ausländischen Mächten festgelegt und werden weiterhin von Institutionen bewacht, die Interessen dienen, die über die der Wählerschaft hinausgehen.

Das Ergebnis ist ein Staat mit Wahlen, aber ohne volle Autonomie, mit Streitkräften, aber ohne volle Kontrolle über diese, und mit Regierungen, die nur innerhalb von Grenzen agieren können, die lange vor ihrem Amtsantritt festgelegt wurden.

Stellen Sie sich nun vor, was passieren würde, wenn die AfD in einem östlichen Bundesland eine Regierung bilden würde. Sie würde zwar die Macht innehaben, aber mit einem System konfrontiert sein, das Neulingen den Zugang zu den eigentlichen Instrumenten der Macht verwehrt. Die Partei würde Reformen versuchen, doch jeder Schritt würde Widerstand von Richtern, Verwaltungsbeamten, Akademikern und dem riesigen Archipel finanziert Vereinigungen auslösen, die das öffentliche Leben in Deutschland prägen.

Selbst wenn die AfD in die Regierung käme, würde der in Italien als „Melonisierungseffekt“ bekannte Prozess einsetzen: Die Partei würde für ihre Reife gelobt, zu einer moderateren Haltung ermutigt, in akzeptable Bahnen gelenkt und immer tiefer in die Strukturen hineingezogen werden,

die sie einst zu bekämpfen versprochen hatte. Tage würden vergehen, dann Monate, und bald würde die neue Regierung feststellen, dass sie fast identische Aufgaben wie ihre Vorgänger wahrnimmt, mehr vom System verändert als das System von ihr.

Es ist verlockend, von Verschwörungen zu sprechen, doch die Wahrheit ist einfacher und beunruhigender: Systeme bestehen, indem sie jede Kraft, die in sie eindringt, disziplinieren. Die BRD hat diese Kunst perfektioniert. Sie gewährt Bewegungen das Recht, sich zu äußern, sogar das Recht, Wahlen zu gewinnen, verweigert ihnen jedoch das Recht, die zugrunde liegende Ordnung zu verändern. Der Osten mag zwar eine überwältigende Zahl von Stimmen liefern, doch das Zentrum bleibt weiterhin am Steuer. Die AfD mag an Stärke gewinnen, doch der Staatsapparat – geprägt von Allianzen, Geschichte und Angst vor einem Bruch – wird seinerseits die AfD prägen.

Die Frage ist also nicht, ob die AfD die absolute Mehrheit gewinnen wird. Die eigentliche Frage ist, was ein solcher Sieg in einem Land bedeuten würde, in dem die formale Autorität immer von tiefen Strömungen überschattet wird. Die Menge an den Wahlurnen mag tobten, doch die Maschinerie hinter den Kulissen bewegt sich nach ihrer eigenen Logik, unbeeindruckt von der vorübergehenden Aufregung der Wahlen. In einer solchen Landschaft kann eine Partei aufsteigen, triumphieren und feiern, nur um dann festzustellen, dass der Sieg ihr lediglich Zugang zur Bühne gewährt, niemals jedoch zu den Kulissen, wo das wahre Drehbuch geschrieben wird.

Das ist das Paradox des modernen Deutschlands: eine Nation mit demokratischen Ritualen, die jedoch durch unsichtbare Grenzen geschützt ist; eine Nation, in der ein Wahlsieg zwar die Regierung wechseln lassen kann, die Ordnung selbst jedoch unberührt bleibt.

Solange diese Grenzen nicht anerkannt und hinterfragt werden, wird jede Bewegung, die echte Veränderungen anstrebt, das gleiche Schicksal ereilen: Sie wird für ihre Disziplin gelobt, für ihre Exzesse verurteilt und sanft in die Harmlosigkeit geführt. Die Illusion von Macht wird bestehen bleiben, doch die Substanz wird erneut in die Hände derer übergehen, die sie seit dem Ende der Kämpfe im Jahr 1945 ununterbrochen inne hatten.